



Der Landtag Nordrhein-Westfalen

Wissenschaftsausschuss



Prof. Dr.
Malte Götsche

Schinkelstr. 2a
52062 Aachen
GERMANY
Telefon: +49 241 80-99744

goettsche@aices.rwth-aachen.de

05.03.2020

Stellungnahme zur Anhörung „Die Friedens- und Konfliktforschung stärken“

In seiner Evaluation der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland stellt der Wissenschaftsrat dem Forschungsgebiet ein exzellentes Zeugnis aus, das die positive Entwicklung und hohe Leistungsfähigkeit in Forschung, Lehre und Politikberatung betont. Der Bericht geht auch detailliert auf die naturwissenschaftliche Friedensforschung¹ ein, die im Zentrum dieser Stellungnahme steht.

Der Wissenschaftsrat fordert Bund und Länder auf, bestehende Standorte der naturwissenschaftlichen Friedensforschung strukturell und dauerhaft zu stärken, unter anderem da die Politik einen zunehmenden Beratungsbedarf „insbesondere zu Fragen der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle und Verifikation, der Identifizierung von biologischen und chemischen Kampfstoffen sowie der Verhinderung ihrer Proliferation und Nutzung“ habe. Gleiches gelte „für den Umgang mit Cyberangriffen, autonomen Waffensystemen und anderen neuen Technologien“. NRW wird mit der RWTH Aachen konkret als einer von national drei Standorten benannt.

Führende, aber prekäre Stellung der naturwissenschaftlichen Friedensforschung in NRW

Die naturwissenschaftliche Friedensforschung in NRW mit ihrem Fokus auf Technik und Sicherheit hat deutschlandweit und international ein großes Gewicht. In der Abschätzung von Folgen neuer Technologien für internationale Sicherheit und Frieden hat vor allem die TU Dortmund eine lange Tradition. In der Verifikationsforschung für die nukleare Rüstungskontrolle ist der Standort NRW führend: Einschlägige Forschung hierzu findet in Forschungsgruppen an der RWTH Aachen sowie am Forschungszentrum Jülich statt.

Die Attraktivität des Standorts ergibt sich auch aus Kooperationsmöglichkeiten mit dem Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr in Geilenkirchen sowie dem Euskirchener Fraunhofer Institut für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen (INT), welches sich unter anderem mit nuklearen Detektionsverfahren beschäftigt. Das Auswärtige Amt hat erhebliches Interesse an Verifikationsexpertise, und fragt die NRW-Akteure regelmäßig um Rat, oder bindet sie gar in

¹ Dieser Term hat sich etabliert, aber inkludiert auch die Ingenieurwissenschaften.

internationale Projekte mit ein. Physiker der TU Dortmund und RWTH Aachen waren in den letzten Monaten als Sachverständige im Bundestag geladen.

Während der Wissenschaftsrat die international führende Stellung der naturwissenschaftlichen Friedensforschung betont, beklagt er jedoch einen eklatanten Kompetenzverlust aufgrund von Umwidmungen und Streichungen von Stellen. Auch die Aachener Forschungsgruppe existiert nur befristet, und die Gruppe an der TU Dortmund kann aufgrund altersbedingten Ausscheidens der Führungskraft nur noch begrenzt aktiv sein. In diesen Kontext fällt der Aufruf des Wissenschaftsrats zur strukturellen Stärkung des Forschungsfeldes. In der Tat ist eine Förderinitiative zum Erhalt notwendig.

Zukunftsweisendes Entwicklungspotenzial sollte von NRW genutzt werden

Die gesamte Friedens- und Konfliktforschung in NRW hat im nationalen Vergleich ein besonders hohes Potenzial für Interdisziplinarität, deren Ausweitung eine der wesentlichen Empfehlungen des Wissenschaftsrats ist, und im vorliegenden Antrag der Grünen gefordert wird. Eine Ausweitung der Zusammenarbeit von naturwissenschaftlicher mit der sehr starken und zum Teil vom Land geförderten sozialwissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung kann hier einen bedeutenden Beitrag leisten.

So arbeitet das Bonn International Center for Conversion (BICC) an Rüstungskontrolle sowohl im klassischen Sinne als auch zu neuen Technologien. An der Universität Duisburg-Essen findet Rüstungskontrollforschung insbesondere auch im nuklearen Bereich statt. Hier ist durch Vernetzungsmaßnahmen ein erhebliches Synergiepotenzial zu erwarten.

Auch die Sicherheitsforschung in Bonn könnte von technischer Expertise profitieren. So ist geplant, dass sowohl die in Gründung befindliche Akademie für Internationale Politik als auch das Zentrum CASSIS der Universität Bonn zu traditionellen Sicherheitsthemen, zu denen die Rüstungskontrolle gehört, und zu Cybersicherheit forschen.

Durch eine verstärkt interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Beteiligung einer starken naturwissenschaftlichen Friedensforschung und Instituten unter anderem aus der Bundesstadt Bonn könnte der Anspruch NRWs, ein bundespolitischer und internationaler Standort zu sein, unterstrichen werden.

Darüber hinaus berühren die Forschungsthemen der naturwissenschaftlichen Friedensforschung selbst wesentliche Landesinteressen. Ein Beispiel ist der Schutz kritischer Infrastruktur, indem mit Hilfe technischer Expertise internationale vertrauensbildende Maßnahmen umgesetzt werden, um die Gefahr von Cyberangriffen zu reduzieren. Auch nukleare Rüstungskontrolle sollte von Interesse sein. So besteht durch den nuklearen Konflikt zwischen USA und Iran die Gefahr eines Krieges, welcher zu einem nicht begrenzten Flächenbrand führen würde. Eine funktionierende Rüstungskontrolle kann Spannungen zwischen Ländern entschärfen.

Ein neues Zentrum, das Expertise bündelt

Einrichtungen wie die RWTH Aachen oder das Forschungszentrum Jülich verfügen über ein großes natur- und ingenieurwissenschaftliches Angebot, und können so die verschiedenen relevanten Disziplinen abdecken. Der Wissenschaftsrat empfiehlt primär den Ausbau in Physik und Informatik.

Um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, ist die Einrichtung eines Zentrums zielführend, welches die Disziplinen Physik und Informatik abdeckt, darüber hinaus jedoch auch gemeinsame Projekte mit weiteren Instituten einwirbt, um eine große Bandbreite an Tätigkeiten zu ermöglichen. Um den Leitungen ausreichend Raum zur Bearbeitung disziplinärer Fragestellungen zu ermöglichen, sollte für die interdisziplinäre Koordinierung eine Geschäftsführung vorgesehen werden.

Der Zeitpunkt zu handeln ist jetzt optimal, da eine Beteiligung des Bundes zu erwarten ist. Schließlich hat der Wissenschaftsrat sowohl den Bund als auch die Länder aufgerufen, die naturwissenschaftliche Friedensforschung an mindestens zwei bestehenden Standorten auszubauen, in der Regel durch die Schaffung von je zwei dauerhaften Leitungsstellen (Professuren) nebst Qualifikationsstellen.

Beteiligung des Landes notwendig für eine nachhaltige Forschungsumgebung

Wie im vorliegenden Antrag gefordert, sollte diesbezüglich ein Anspruch an den Bund formuliert werden. Da das Forschungsfeld in NRW kompetitiv aufgestellt ist, und eine klare Entwicklungsperspektive aufgezeigt werden kann, bestehen hohe Aussichten, dass NRW in diesem Bereich Bundesförderung erfolgreich einwerben kann.

Aufgrund der Hürden auf Seiten des Bundes, in die Dauerfinanzierung zumindest an Hochschulen einzugreifen, erscheint aber auch eine Landesbeteiligung nötig. Entsprechend sollte NRW die Einrichtung von Landesprofessuren in der Friedens- und Konfliktforschung erwägen.

Eine direkte Initiative aus Universitäten oder Forschungseinrichtungen heraus – ohne Beteiligung von Bund und Land – ist unwahrscheinlich, selbst bei Aussicht auf erhebliche Projektfinanzierung. Dies liegt zum einen daran, dass der Wissenschaftsrat eine enge Verzahnung von Natur- und Technik- mit Sozialwissenschaften vorschlägt, und zum anderen, dass Politikberatung einen hohen Stellenwert einnehmen soll. Neue Schwerpunktsetzungen von Professuren werden beispielsweise auf der Ebene von Fachgruppen und Fakultäten vorbereitet, wo beide Kriterien nicht im Vordergrund stehen.

In der Tat hat der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur naturwissenschaftlichen Friedensforschung explizit nicht an Universitäten gerichtet, sondern an Bund und Länder.